herzoglichen Familie denselben zur Konfirmation vor und segnete ihn auch in Primkenau ein. Inzwischen ist die älteste Schwester des Herzogs bekanntlich mit dem Prinzen Wilhelm von Preußen vermählt worden; jetzt, bei der Vermählung ihrer jüngeren Schwester, zieht die herzogliche Familie den Dresdner Seelsorger abermals zur gottesdienstlichen Handlung herbei. Gestern Abend war auf Schloß Primkenau Polterabend, bei welchem mehrere lebende Bilder: Szenen aus der Geschichte der Eildherzogthümer gestellt werden sollten. Sowohl Prinz Wilhelm als auch seine Gemahlin gedachten sich daran persönlich zu betheiligen.

— Wie schon am Kopfe unserer gestrigen Nummer kurz bemerkt ward, hat der Rath vorgestern Abend in seiner Plenarsitzung das Badergassen-Durchbruchs-Projekt, bez. die dafür existirende bekannte Vorlage (wir brachten noch in gestriger Nummer Spezielleres) einstimmig genehmigt. Gleichzeitig wurde beschlossen, die nach dem abzuschließenden Vertrage den Unternehmern nach und nach zu leistenden Beiträge von 2½ Mill. Mk. (du fond perdu) und ½ Mill. rückzahlbare, aber unverzinsliche dem Reservefond der Gasfabriken zu entnehmen. — Hierbei sei nochmals auf die gestern erwähnte Denkschrift des Herrn Stadtrath Dr. Nake zurückgegriffen, in welcher auch der vielgehörte Einwand, das Opfer der Stadt sei hier dem Nutzen gegenüber zu groß, sachliche Entgegnung erfährt. Ein ziffermäßiger Nachweis hierüber kann selbstverständlich nicht geführt werden. Zunächst wäre die Frage zu beantworten: Welchen Umfang hat Dasjenige, wofür die Beihilfe der Stadtgemeinde die unmittelbare Gegenleistung bilden soll? Die von den Unternehmern erworbenen Grundstücke umfassen 5236 Quadrat-Mtr. jetzt bebaute, aber zur Straße abkommende Fläche. Es kann nicht beansprucht werden, daß diese Fläche unentgeltlich abgetreten werde; das müßte das ganze Unternehmen unmöglich machen. Bei dem Durchschnittspreise von 519,60 Mk. pro Quadrat-Mtr. ergeben sich nun für die 5236 Quadrat-Mtr. 2,720,413 Mk. als Entschädigungssumme. Hierzu kommen 85,325 Mk. für das Grundstück Badergasse 7, welches zur künftigen Verbreiterung der kleinen Kirchgasse der Stadtgemeinde unentgeltlich überlassen werden soll. Von diesen 2,805,738 Mk. sind 124,000 Mk. in Abzug zu bringen als Werth für 33 Quadrat-Mtr. jetziges Straßenland, welches zu den Bauplätzen fällt, sodaß noch 2,681,688 Mk. als derjenige Betrag verbleiben, dessen Vergütung an die Unternehmer als angemessen bezeichnet werden darf. Wenn die Stadt dagegen 2,500,000 Mk. als einmaligen Beitrag und 115,500 Mk. durch Uebernahme der Herstellung der Schleußen und Fahrbahn gewährt, so bleibt dieser Betrag noch um 66,188 Mark hinter der Gegenleistung zurück. Hierbei ist noch nicht berücksichtigt, daß, wenn in die Straße sofort ein doppeltes Pferdebahngeleis eingelegt wird, von der Straßenbahngesellschaft 37,730 Mk. Beitrag zur Straßenherstellung zu zahlen sind. Welche Vortheile mittelbar dem städtischen Gemeindewesen aus dem Unternehmen erwachsen, ist in Folgendem nochmals zusammengefaßt. Es gilt, die Wohnungsverhältnisse in der inneren Stadt in gesundheitlicher Beziehung zu verbessern, dem besonders dichte Bebauung, enge Höfe und schmale, verwinkelte Straßen aufweisenden Stadttheile einen frischen Luftstrom zuzuführen, welcher nach dem Gutachten des Stadtbezirksarztes allen angrenzenden Straßen zu Statten kommen wird. Er legt deshalb dem Vorhaben „hohes medizinalpolizeiliches Interesse" bei und empfiehlt die behördliche Unterstützung desselben auf das Wärmste. Es gilt, die Bebauung, welche sich seit Jahren, nicht zum Vortheile des Gemeinwesens, nach verschiedenen Richtungen hin fast bis an die Flurgrenzen erstreckt hat, durch Förderung des Aushaues der Stadt in ihrem Inneren wieder mehr zu centralisiren. Es gilt, den stillen Grundstücksverkehr zu beleben. Etwa 50 Grundstücke sollen auf einmal angekauft werden; von den bisherigen Eigenthümern wird vermuthlich wenigstens ein Theil sich wieder ansässig machen. Mindestens vierzig der vorhandenen Gebäude sollen im Laufe der nächsten Jahre zum Abbruche kommen und die bisherigen Bewohner und Geschäftsinhaber brauchen anderwärts Räume für ihre Zwecke und steigern die Nachfrage. Gegen 5000 Quadrat-Meter bebaute Fläche gelangen nicht wieder zur Bebauung. Bei Annahme von durchschnittlich vier Stockwerken (einschließlich des Dachgeschosses) sind also ungefähr 20,000 Quadr.-Meter bewohnte Grundfläche anderweit zu beschaffen. Es gilt ferner, das gesunkene Vertrauen zum Grundbesitze wieder zu heben, durch Errichtung gediegener, schöner Neubauten einer großen Anzahl von Bauhandwerkern und anderen Einwohnern Gelegenheit zu lohnender Beschäftigung zu bieten, den allgemeinen Unternehmungsgeist anzuregen und dafür zu sorgen, daß die innere Altstadt nicht von der baulichen Entwickelung der inneren Neustadt beeinträchtigt werde, wie leicht geschehen könnte, wenn ein neues Finanzministerialgebäude am rechten Elbufer errichtet werden, großartige Straßenanlagen mit sich bringen und die Aufführung zahlreicher anderer schöner Gebäude auf dem vormals militärfiskalischen Areale zur Folge haben wird. Dies ist für die nächsten Jahre mit ziemlicher Sicherheit zu erwarten. Es gilt aber vor Allem einem bestehenden und sicher immer zunehmenden Verkehrsbedürfniß gebührende Rechnung zu tragen. Was dann die Frage anlangt, was Dresden bisher für ähnliche Straßendurchbrüche gethan, so braucht man nur an die Wettinerstraße, die Marschallstraße, Lilienstraße ꝛc. zu erinnern. Wenn auch Berlin nicht als Vorbild für Dresden hingestellt werden soll, so darf man doch Diejenigen, welche den Beitrag von 2½ Millionen für zu hoch halten, darauf hinweisen, daß der Berliner Magistrat für den Bau der Kaiser Wilhelm-Straße — hier handelte es sich neben der Verschönerung hauptsächlich um Schaffung einer Parallelstraße zur Entlastung einer anderen — die mit einem Kapital von 6 Millionen arbeitenden Unternehmer mit 8½ Millionen unterstützt hat.

— Die vorgestrige Sitzung der vereinigten städtischen Vereine der Wilsdruffer Vorstadt gab einen höchst interessanten Beweis dafür, wie fest sich die Bürgerschaft ihre Ansicht betreffs des Durchbruches am Altmarkt gebildet hat. Der Vortragende Herr Architekt Gurlitt besprach die Verhältnisse der Vorstadt und die einzelnen vorliegenden Bauprojekte wie Fertigstellung der Viaduktstraße, Verlängerung der Maternistraße und den Durchbruch der Freibergerstraße nach der Wettinerstraße und konstatirte, daß all' diese Pläne längst in den städtischen Kollegien beschlossen seien, daß zur Durchführung derselben, die oft an Kleinigkeiten hängt, nur der über der Stadt lastende Mangel an Unternehmungsgeist sei. Daher gelte es vor Allem diesen zu heben und hierzu sei das Badergassenprojekt das beste Mittel. Darauf wendete sich Redner zur Frage der Bahnhofsanlagen, welche Dresden in nächster Zeit zu erwarten habe. Es sei für die Wilsdruffer Vorstadt von höchster Wichtigkeit, einen Bahnhof an das Ende der Wettinerstraße zu erhalten. Dies werde aber nur möglich sein, wenn eine Zufahrtstraße von Osten existire, und so sei wieder das Badergassen-Project eine Lebensbedingung auch für den Westen der Stadt. Dieser Ansicht schlossen sich denn auch die zahlreichen Redner in längerer Debatte an, indem sie sämmtlich einer Resolution zustimmten, die dem Rathe und Stadtverordneten angelegentlich den Durchbruch empfiehlt. Höchst bezeichnend war ein Zwischenfall. Ein Redner beantragte einen Zusatz zur Resolution, welche den städtischen Korporationen Sparsamkeit besonders anempfiehlt. Aber die Versammlung erklärte durch zahlreiche Sprecher, daß sie befürchte, die Gegner des Projectes könnten „diesen Zusatz für ihre Ansicht benutzen, brachte den Antrag mit 15 gegen die anwesenden circa 300 Stimmen zu Fall. Gegen den Durchbruch erhob sich nur ein Bürger, der unter dem schallenden Gelächter der Versammlung erklärte, daß die Pragerstraße, Wettinerstraße ꝛc. so langsam durchgebrochen worden sei, könne er nicht einsehen, warum es jetzt so schnell gehen solle. Eine zweite Resolution betraf die Durchführung der Freiberger-, Rosen- und Maternistraße, auch diese fand fast einstimmige Annahme. Wieder erhob sich das Bedenken, daß dieselbe den Eindruck der ersten Resolution auf die städtischen Korporationen schwächen könne. Aber verschiedene Redner erklärten auf das energischste und forderten die anwesenden Stadtverordneten auf Zeugniß davon abzulegen, daß die Versammlung nicht etwa beabsichtige, an den Durchbruch der Badergasse Bedingungen zu stellen, daß sie denselben für das wichtigste Unternehmen halte, daß sie nur nicht versäumen wolle, immer wieder an alte Forderungen der Vorstadt zu erinnern, aber mit ihrem lokalen Interesse gern hinter dem Allgemeinen der Stadt zurücktrete. Die Versammlung, welche Herr Dr Welte mit großem Geschick leitete, ging in sichtlich gehobener Stimmung auseinander und noch lange saßen in den benachbarten Restaurationen Gruppen von Bürgern, welche das endlich zu erhoffende Gelingen eines großen städtischen Unternehmens mit Wärme und Begeisterung besprachen. Nachzutragen ist noch, daß in der Neustädter Bezirksversammlung nicht Herr Heinrich, sondern Herr Buchdruckereibesitzer Lehmann es war, der durch treffliche Worte die Stimmung der Versammlung zu Gunsten des Badergassenprojekts zusammenfaßte.

— Eine für das Abgabenwesen und die Einnahmen Dresdens höchst wichtige Angelegenheit ist dem Bundesrath vorgelegt worden. Der jetzige Zollvereinigungsvertrag von 1867 bestimmt u. A. Folgendes: Bei einer Anzahl ausländischer Erzeugnisse, nämlich Mehl und andere Mühlenfabrikate, ferner Backwaaren, Fleisch, Fleischwaaren und Fett, endlich Bier darf bisher keine 3 Mark für den Doppelcentner übersteigende Abgabe erhoben werden, weder für die Staatskasse, noch für die Gemeinde. Das ändert sich aber zu Ungunsten der Gemeindekassen sehr wesentlich, wenn schon allein infolge der Getreidezölle auf ausländisches Mehl u. s. w. ein so hoher Reichszoll liegt, daß dann für die städtische Mahlsteuer kein Raum mehr wäre. Der Reichskanzler schlägt also ein Gesetz vor, wonach jene bisherige Beschränkung der Besteuerungsgrenze aufgehoben werden soll, sodaß die Gemeinden nach wie vor ihre Mahl- und Schlachtsteuer werden erheben können. Eine Mahlsteuer für Rechnung des Staates wird nirgends mehr erhoben, wohl aber besteht in mehr als 150 Gemeinden eine solche Steuer, welcher auch von auswärts eingehende Mühlenfabrikate, sowie meistens auch eingehende Backwaaren unterliegen. Von noch größerer finanzieller Bedeutung als die Mahlsteuer ist die Schlachtsteuer (Fleischaccise), welche für Rechnung von drei Staaten (Sachsen, Baden und Sachsen-Altenburg), sowie von einer sehr großen Zahl von Gemeinden (darunter Breslau, Potsdam, Posen, Koblenz, Aachen, Gnesen, Kassel, Hanau, Fulda, Göttingen, Emden, München, Nürnberg, Augsburg, Dresden, Stuttgart, Karlsruhe, Konstanz, Rastatt, Darmstadt, Mainz, Offenbach, Worms, Weimar) zur Erhebung gelangt. Dieser Steuer unterliegen bei dem Eingange von auswärts auch Fleisch, Fleischwaaren und Fett; indessen dürften diese Gegenstände, insofern sie ausländische sind, mit Rücksicht darauf, daß sie mit einem höheren Zollsatze als 3 Mark für 100 Kilogramm belegt sind, zur Besteuerung nicht herangezogen werden. Der letztbezeichnete Umstand ist geeignet, die beabsichtigte Wirkung des Zolltarifs zu beeinträchtigen, indem er den Vorzug, welchen inländische Gegenstände der bezeichneten Art auf dem deutschen Markte haben sollen, mehr oder minder aufhebt und hierdurch zugleich den Schutz, welchen die landwirthschaftlichen Viehzölle gewähren sollen, abschwächt. Wichtig für eine Stadt wie Dresden, in der so viel böhmisch Bier getrunken wird, das bis jetzt keine Gemeindeabgabe zu zahlen hatte, ist es, daß künftig eine solche vom böhmischen Bier soll erhoben werden.

— Was man bisher für unmöglich hielt, nämlich das Aufeinanderrennen zweier Pferdebahnwagen auf eingleisiger Strecke am hellen lichten Tage fand gestern Mittag auf der Pragerstraße zwischen Struve- und Moritzinskistraße seitens zweier Tramwaywagen der Linie Reichsstraße-Markgrafenstraße statt. Beider Kutscher hatten die betreffenden Weichen durchfahren, annehmend, dadurch den entgegenkommenden zum Halten zu veranlassen, schließlich konnten Beide ihre Pferde und Wagen trotz Bremsens nicht mehr erhalten und mit dumpfem Krach platzten die Gefährte aufeinander. Glücklicherweise bestand das Unglück neben einigen zerbrochenen Fensterscheiben in geringfügigen Kontusionen der Passagiere. Der Kondukteur des einen Wagens erlitt Schnittwunden im Gesicht und wurde sofort von einem mitgefahrenen Sanitätsarzt im nächsten Hause behandelt. Die Pferde waren rechtzeitig links und rechts ausgelenkt, sodaß nur die Vorderperrons der Wagen eingedrückt und verbogen waren. Es bleibt unerklärlich, wie die Kutscher in wachem Zustande auf der eingleisigen Linie wie im Tournier auf einander losfahren konnten ohne zu bremsen und sich rechtzeitig Haltesignale zu geben. Im Interesse des Publikums muß dringend um mehr Vorsicht und vorschriftsmäßiges Fahren ersucht werden.

Fortsetzung des lokalen Theiles Seite 9.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich. Dem preußischen Landtag wird noch ein Gesetzentwurf zugehen; derselbe betrifft einen Ausgleich zwischen der Krone Preußen und dem herzoglichen Hause von Schleswig-Holstein. Der Hauptinhalt des Abkommens ist, daß das herzogliche Haus die Annexion Schleswig-Holsteins an Preußen anerkennt und ihm das zu Augustenburg gelegene alte Familienschloß nebst Garten, Park u. s. w. erb- und eigenthümlich zurückgegeben und demselben eine immerwährende Rente von 300,000 Mk. aus der Staatskasse bezahlt werden soll.

Aus mehreren Reden des Fürsten Bismarck gegen einzelne Aeußerungen des Abg Richter sind folgende Stellen bemerkenswerth. Der Reichskanzler sagte u. A.: Sicherlich ist es für die Auffassung der englischen Regierung von einigem Gewicht, wenn der Führer der Opposition im deutschen Reichstage, der an der Spitze der der Regierung entgegenstehenden Majorität steht, im Augenblick, wo streitige Interessen diskutirt werden, für die fremdländischen Partei nimmt. Nach englischen Begriffen hat die Majorität, an deren Spitze der Abg. Richter steht, alle Aussicht, demnächst die künftige Regierung dieses Landes zu stellen. Daß diese Auffassung nicht in Deutschland vorherrscht, wird wohl einleuchtend sein, aber für England ist sie ganz natürlich. In England hat der Abgeordnete Richter ein viel größeres Gewicht, als wie bei uns in Deutschland. (Heiterkeit.) Wer an der Spitze einer Majorität steht, der die Regierung ziemlich regelmäßig unterliegt in Fragen, die sie vor den Reichstag bringt, der ist für England der Stern der Zukunft und man muß schon die deutschen Verhältnisse genauer kennen, um sich zu überzeugen, daß diese englische Auffassung bei uns nicht so passend ist, wie das in England der Fall ist. (Sehr gut! rechts.) Gegen die vom Abg. Richter vorgenommene Einmischung der dynastischen Verwandtschaft zwischen England und Preußen in die Fragen der auswärtigen Politik verwahre ich mich als langjähriger Diener Sr. Majestät. Nun, die Hineinbeziehung dynastischer Verwandtschaft in das internationale Interesse ist erfahrungsmäßig in der Geschichte den Dynastien niemals nützlich gewesen. Es sind stets die Gegner der Dynastie gewesen, welche dynastische Beziehungen in den Vordergrund bei internationalen Fragen geschoben haben. (Hört! hört! rechts.) Ich brauche nicht sehr weit in der Geschichte zurückzugehen. Ich darf nur an die Zeit der ersten französischen Revolution erinnern, wo es der Dynastie der altfranzösischen Könige außerordentlich nachtheilig war, daß man den Verdacht haben konnte, als ob die nahe Verwandtschaft des französischen Hauses mit dem österreichischen die französische Politik im österreichischen Sinne beeinflussen könnte. Jedermann, der die Geschichte jener Zeit mit Aufmerksamkeit liest, wird sich des Eindruckes nicht erwehren können, daß dies ein mächtiges Hilfsmittel der Gegner des Königshauses war, dasselbe der österreichischen Politik zu verdächtigen. Wenn in England einmal eine solche Frage schwebte, würde es da einem englischen Parlamentarier, namentlich von der der freisinnig-radikalen entsprechenden Richtung einfallen, die Verwandtschaft der in England regierenden Dynastie mit dem deutschen Kaiser dafür anzuführen, daß England im Interesse der Nation sich nachgiebig dem mächtigen Deutschland gegenüber zeigte? Ich glaube, daß das kaum Jemand in England riskiren würde. (Sehr gut! rechts.) Bei dem Herrn Abgeordneten Richter habe ich niemals gefunden, daß er für die dynastischen Verwandtschaften und Einflüsse sich so sehr begeistert gezeigt hätte (Heiterkeit) und ich bin deshalb nothwendig veranlaßt, darüber nachzudenken, welche Gründe ihn in diesem Falle veranlaßt haben könnten, das Gewicht der dynastischen Verwandtschaft in die Waagschale seines Plaidoyers für England zu werfen. Auch in unserer eigenen neuesten Geschichte finden wir, daß in den vierziger Jahren von den Gegnern unserer Dynastie die nahe Verwandtschaft mit dem russischen Kaiserhause jederzeit ausgebeutet worden ist, um unsere Dynastie als abhängig, beeinflußt vom Auslande darzustellen. Ich darf an das bekannte Gedicht von Herwegh erinnern, wo er ziemlich gezwungen auf „Meleager" reimte: „Gott behüte uns vor dem Zaren, seinem Schwager." Dieselbe Tonart, in der Herwegh 1840/41 schrieb, zog sich auch durch das ganze Jahr 1848 hindurch. Damals war überall in einem Plakat zu lesen: „Die Russen kommen". Es war das für die Popularität der Dynastie niemals nützlich. Diese historischen Erinnerungen und Erwägungen und das wenige Vertrauen, welches der Royalismus des Abg. Richter mir einflößt (Heiterkeit), nöthigt mich, gegen eine solche Bezugnahme auf die dynastischen Verwandtschaften und ihren Einfluß auf die Politik mit der Versicherung entgegenzutreten, daß das Gewicht der deutschen Dynastie und insbesondere das unserer kaiserlichen Dynastie unter allen Umständen jeder Zeit auf die Seite der nationalen Interessen und niemals der fürstlichen Verwandtschaft in die Waagschale fallen wird. (Lebhafter Beifall rechts.) Als darauf der Abg. Virchow sagte, diese Bezugnahme Richter's auf die Verwandtschaft der Höfe von Berlin und London komme häufig vor, entgegnete Bismarck: In dem Munde des Einen bedeutet eine Aeußerung etwas Anderes als in dem Munde eines Anderen. Wenn ein dynastischer Royalist dergleichen Aeußerungen thut, so liegt das in der Konsequenz seiner Gesinnungen. Wenn aber der Abg. Richter die Dynastie ins Gefecht zieht, so habe ich nicht die gleiche Ueberzeugung, daß er es gerade im Interesse der Dynastie thut. (Lebhafter Widerspruch links, Zustimmung rechts.) Ich behaupte ja nicht, daß er dabei bewußt die Dynastie schädigen will, aber ich glaube, der Abg. Richter hat nicht für die Dynastie diejenige Feinfühligkeit, wie ein Royalist von meinem Schlage zum Beispiel. (Zustimmung rechts) Vielleicht schwebt der Schaden, den er damit der Dynastie anrichtet, dem inneren Auge des Abg. Richter nicht so klar vor, wie dem meinigen. Ich richte die Frage an Jeden, der mir dieselbe beantworten will: Ist es für die Dynastie ein Vortheil, wenn man bei internationalen Fragen darauf hinweist, daß verwandtschaftliche Rücksichten ein gegenseitiges Nachgeben, d. h. ein Unterordnen des eigenen nationalen Interesses empfehlenswerth machen können; erweist man damit den Dynastien einen Dienst? Ich glaube nicht, daß der Abg. Richter mit mir an demselben dynastischen Strange zieht, daß er, wenn er von der Dynastie spricht, dieselbe tief innerliche Anhänglichkeit damit verbindet. (Lebhafter Widerspruch links.) Nun, meine Herren, ich glaube das nicht. Dafür spricht Ihre ganze politische Vergangenheit, und ich rufe Sie zum Richter an, ob Herr Abgeordneter Richter jemals in dynastischer Richtung dieselbe Gesinnung gehabt hat, wie ich. Der Abgeordnete Richter ist gewachsen in seiner Bedeutung und in seinem Ansehen und in seiner Herrschaft über die Partei. (Oho! links.) Er ist noch größer geworden. Ich frage Sie, die Sie darüber murren, ist Einer unter Ihnen, der ihm das Wasser reicht? (Große Heiterkeit rechts.) Warum haben Sie Grund, dagegen zu murren? Wenn Sie mit ihm allein sind, werden Sie es schwerlich thun. (Heiterkeit.) Ich schreibe es dem Eindruck zu, den die Engländer aus der Richterschen Rede geschöpft haben, daß in unseren Ansprüchen, die wir England gegenüber verfechten, doch nicht die ganze Nation hinter uns steht, und wenn der Führer einer so bedeutenden Opposition in einer Zeit, wo die Regierung in der Minorität ist, im Reichstage seinerseits auf diese Weise für die englische Auffassung der Sache, für deren Berücksichtigung eintritt, so hat man in England den Eindruck, die deutsche Nation in ihrer Gesammtheit steht nicht hinter den verbündeten Regierungen und deren Politik. Eine koloniale Politik kann man nur machen, wenn sie getragen ist von einem, ich will nicht sagen einstimmigen, aber nahezu einstimmigen, entschlossenen, festen, starken Nationalgefühl, das nicht blos das Volk und die Presse, sondern auch den Reichstag und zwar die Mehrheit beseelt und auch die Parteiführer dieses Reichstages, und dazu gehört auch der Abgeordnete Richter, und daß dieser die nationale Aspiration nicht theilt, ebensowenig theilt, wie die Führer der anderen Hälfte der Majorität, das Centrum, so daß Sie diese hintertreiben, und daß Sie unsere Stellung in den Verhandlungen mit dem Auslande wesentlich abschwächen, muß doch jedes Kind einsehen, und ich begreife nicht, wie wir uns hier darüber streiten können. Eine Regierung, welche die Nation hinter sich hat, tritt mit einem ganz anderen Gewicht dem Auslande gegenüber, als eine Regierung, der die größere Hälfte der Vertreter der Nation in ihrem Parlamente Opposition macht, und ich muß mich da ganz an die Wortführer der Opposition halten und daran, daß der Abg. Richter ausdrücklich durch die Rücksichtnahme auf England dessen Interesse gestützt hat.

Berlin (O.-C.) In einem hiesigen Bürgerverein, dem Bürgerverein Südwest-Friedrichstadt, hielt am Montag ein Landsmann Herr Dr. E. Reichardt einen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag über die Arbeiterwohnungsfrage. Er gab eine übersichtliche Darstellung der Vortheile und Mängel dessen, was bisher auf diesem Gebiete aus der Initiative der Arbeitgeber, der Privatspekulation und durch Selbsthilfe in Deutschland sowohl, als auch in anderen Ländern geschehen ist und empfahl eine Combination von Aktiengesellschaft und Genossenschaft zur Lösung der Aufgabe, Arbeiterheimstätten zu schaffen, welche auf dem Wege der Amortisation allmählig in den Besitz der Arbeiter selbst gebracht werden. Während dieser Vorschlag naturgemäß solche Industriebezirke in's Auge faßt, deren Grund- und Bodenpreise eine Verwerthung des Cottage-Systems gestatten, wurden in der daran schließenden lebhaften Debatte namentlich die Verhältnisse der Großstädte behandelt. Die Anregung, welche der Vortragende gegeben, ist angesichts der gegenwärtigen Versuche, zu einer Arbeiterschutzgesetzgebung zu gelangen, von besonders actuellem Interesse. Die Arbeiterschutzgesetzgebung will dem Arbeiter und dessen Angehörigen mehr freie Zeit zur Pflege des Familienlebens schaffen. So lange wir aber nicht dahin gelangen, den Arbeitern eine Häuslichkeit, ein Daheim gesichert zu sehen, darin er sich wohlfühlt, wird gerade das Gegentheil erreicht werden.

Die Unfallversicherungs-Kommission des Reichstags berieth diejenigen Vorschläge, welche ihre Subkommission in Bezug auf die Ausdehnung der Krankenversicherung auf die in der Land- und Forstwirthschaft beschäftigten Personen beschlossen hat. Nach längerer Diskussion wurde der § a in folgender Fassung angenommen: Durch die Landesgesetzgebung werden für den Bezirk eines Bundesstaates oder für Theile desselben die in der Land- und Forstwirthschaft gegen Gehalt oder Lohn beschäftigten Personen oder einzelnen Klassen derselben der Krankenversicherungspflicht unterworfen. Es erfolgt die Versicherung nach den Vorschriften des Krankenversicherungsgesetzes vom 15. Juni 1883 mit den aus den §§ o bis g sich ergebenden Abänderungen desselben.

Die Börsensteuer-Kommission des Reichstags begann die zweite Lesung und beschloß wichtige Aenderungen der ersten Lesung. Besonders bemerkenswerth ist, daß nur die börsenmäßigen Waarengeschäfte einer Steuer und zwar von ⁵⁄₁₀ pro Mille unterliegen, alle anderen Waarengeschäfte ganz frei gelassen werden. Für die übrigen Börsengeschäfte bleibt die Steuer von ¹⁄₁₀ pro Mille.

Die Kommission für die Industriezölle hat in Position Nr 1. den Zoll auf Kraftmehl, Puder, Stärke, Stärkegummi, Arrowroot auf 9 Mk., für Rudeln auf 10 Mk. festgesetzt, während die Regierungsvorlage nur 8 Mk. vorschlug. Für Mühlenfabrikate aus Getreide und Hülsenfrüchten wurden 6 Mk., für Reis zur Stärkefabrikation 2 Mk. beschlossen. Der Antrag Racks, den Bundesrath zu ermächtigen, im Falle plötzlicher Theuerung Zollherabsetzungen eintreten zu lassen, wurde nach langer Debatte zurückgezogen mit Rücksicht auf die Erklärung des Regierungsvertreters, daß im Falle einer Theurung der Bundesrath selbst die Initiative zur Aenderung der Gesetzgebung ergreifen würde. Der Regierung allein die Verantwortung zu überlassen, wurde für inopportun erklärt.

Betreffs Angra Pequena wird jetzt berichtet, daß sich unter Theilnahme der Herren Dr. Hammacher, v. Hausemann und v. Bleichröder ein Konsortium gebildet habe behufs Errichtung einer Gesellschaft, welche das Unternehmen des Herrn Lüderitz weiterführen wird.

Den neuen deutschen Besitzungen an der Nordküste Neu-Guineas ist jetzt auch ein amtlicher Name beigelegt. Kaiser Wilhelm hat auf Bitte der Besitzergreifer genehmigt, daß das deutsche Schutzgebiet auf der Nordküste von Neu-Guinea Kaiser Wilhelms-Land genannt werde. Gleichzeitig hat er gestattet, daß die dem neu entdeckten Hafen nordwestlich von Port Constantin und einer Bucht in der Nähe davon vorläufig gegebenen Namen Friedrich-Wilhelms-Hafen und Prinz Heinrichs-Hafen beibehalten werden. Der Friedrich-Wilhelms-Hafen liegt etwa unter dem 5½ Grade südlicher Breite. Er war bisher unbekannt, da eine ihm vorliegende Insel die Einfahrt nicht bemerkbar machte. Diese, jetzt Dallmannfahrt genannt, wurde aber am 18. Oktober v. J. durch den Kapitän Dallmann, den Führer des der deutschen Neu-Guinea-Gesellschaft gehörigen Dampfers „Samoa", entdeckt und damit der Hafen aufgeschlossen, der sich nach den demnächst von Sr. Majestät Schiff „Elisabeth" vorgenommenen Untersuchungen nicht nur als äußerst geschützt, sondern für Schiffe jeglichen Tiefganges hervorragend geeignet erwies. Nach einer auf Grund dieser Untersuchungen aufgenommenen Hafenkarte münden fünf Flüsse in den ausgedehnten Hafen, an den etwas nördlicher der Prinz Heinrichs-Hafen sich anschließt. Alle Berichte sind darüber einig, daß eine üppigere Vegetation, als die das Hafengebiet umgebende, nicht gedacht werden kann. Vorläufig ragen mächtige Aeste großer Laubbäume vom Strande aus noch weit über das Wasser hinaus und erschweren an vielen Stellen das Landen. Dieser Ueberreichthum des Waldes bedingt auch vor der Hand noch vielfache Fieberfälle für Diejenigen, welche das Land und den Urwald ausschließen werden; doch lauten die Nachrichten, die von der „Elisabeth" eingetroffen sind, dahin, daß alle Fieberkranken verhältnißmäßig rasch genesen sind, und daß, sobald einmal der Wald etwas gelichtet worden, auch die Gesundheitsverhältnisse dieser Küste sich wesentlich ändern und bessern würden. An Fruchtbarkeit des Bodens soll dieser Theil des Kaiser Wilhelms-Landes fast unübertreffen sein.

Die Stimmen in der deutschen Presse, welche die neuliche diplomatische Erklärung des Grafen Görtz-Wrisberg vor der Braunschweigischen Landesversammlung für gar zu vage und nichtssagend erklärten, als daß sich die politische Vertretung des Herzogthums damit zufrieden geben könnte, scheinen bei letzterem doch Eindruck gemacht zu haben, schreibt die „N.-Ztg." Die Verfassungskommission des Landtags beschäftigt sich derzeit vertraulich mit der Thronfolgefrage und es ist ziemlich bestimmt zu erwarten, daß gegen den Schluß dieser Session von der Landesversammlung oder doch aus der Mitte derselben hinaus an den Regentschaftsrath eine Anregung dahin erfolgen wird, die Ungewißheit über die Zukunft des Landes nach Möglichkeit abzukürzen. Man beabsichtigt, dem Vernehmen nach, den Regentschaftsrath zu ersuchen, vom Herzoge von Cumberland eine bindende Erklärung zu fordern, ob er gewillt sei, sich in Berlin über seine Erbfolge auf Grund der Reichsverfassung zu ver-